



Volker Mayer-Lay MdB



Bericht aus Berlin – Nr. 63 vom 18. Oktober 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine weitere Woche Ampel-Chaos ist überstanden. Dies ist nüchtern betrachtet wieder einmal eine der zentralen Kernbotschaften dieser Sitzungswoche. Denn, wenn die Bundesregierung überhaupt einmal tätig wird, ist das Ergebnis häufig nicht zielführend. Ein gutes Beispiel hierfür ist das heute Morgen in Namentlicher Abstimmung verabschiedete „**Sicherheitspaket**“, mit dem für mehr Schutz vor Terroranschlägen und Gewalt durch radikalisierte Islamisten reagiert werden sollte. Warum dem leider nicht der Fall ist, habe ich auf der dritten Seite dieses Berichts ausführlicher dargelegt. Hinzu kommt aber auch das in dieser Woche verabschiedete „**Wirtschaftsprogramm**“ der **SPD**. Dieses enthält außer den üblichen altbekannten Grundsätzen sozialdemokratischer Politik, wie dem unerklärlichen **Neid auf alles Selbständige und selbst Geschaffene** und der wahrlich mehr als ausgelutschten „**Umverteilung**“ sehr wenig Neues. Allerdings stellt sich mir – und Ihnen sicherlich auch – die Frage, **warum die SPD als größte Regierungs- und Kanzlerpartei, es nicht schafft, diese Ziele bereits jetzt umzusetzen**. Zudem ist **die SPD mit Ausnahme der Jahre 2009 bis 2013 seit 1998 ununterbrochen in Regierungsverantwortung und trägt somit zu einem erheblichen Teil Schuld an der aktuellen Gesamtsituation**. Daher die durchaus berechtigte Frage, warum ein „Mehr“ von bisher in keiner Weise funktionierenden Ansätzen, auf einmal die Lösung für unsere Probleme sein soll? Kurz und knapp gesagt: **die SPD hat keine Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit**.

In dieser Woche hatte ich die seltene Gelegenheit, als Mitglied des Verteidigungsausschusses gleich zwei **Plenarreden** zu halten. Am Donnerstagabend sprach ich zur „**Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts und zur Änderung weiterer soldatenrechtlicher Vorschriften**“. Mit Blick auf die Überlastung des Wehrdisziplinarwesens und immer länger werdende Verfahren sind hier Veränderungen unbedingt notwendig. **Diese Rede können Sie sich [hier nochmals ansehen](#)**. Am heutigen Freitag sprang ich dann kurzfristig für einen erkrankten Kollegen ein und sprach zur „**Novelle des Soldatenentschädigungsgesetzes**“. Da es immer einige Zeit dauert, bis das Plenarprotokoll erstellt ist, werde ich ein Video dieser Rede auf meiner Internetseite und in den sozialen Medien verlinken.

Auch an dieser Stelle möchte ich Sie alle **nochmals sehr herzlich zur Eröffnung meines neuen Wahlkreisbüros** in der Karlstraße 17 in der Friedrichshafener Innenstadt einladen. Das **offizielle Einladung** finden Sie an die **Bericht aus Berlin-E-Mail** angefügt. **Kommen Sie vorbei – ich freue mich auf Sie!**

Bitte erlauben Sie mir bereits jetzt den Hinweis, dass es zum Ende der **nächsten Sitzungswoche** – also am 08. November **keinen gewohnten „Bericht aus Berlin“** geben wird. Der Grund hierfür ist, dass ich als **Wahlbeobachter der OSZE die Präsidentschaftswahlen in den USA** begleiten werde. Daher kann ich an dieser Sitzungswoche nicht in Berlin sein und Sie auch nicht wie üblich über meine Arbeit hier im Bundestag informieren.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende, bis hoffentlich am 26. Oktober in Friedrichshafen – Ihr

Wir am See

Gefährlicher Blindflug: Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz hat auch Auswirkungen auf die Region

Das am gestrigen Donnerstagnachmittag mit den Stimmen der Ampel-Koalitionsfraktionen verabschiedete **Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG)** hat einen zentralen Fehler: es wird seinem Namen in keiner Weise gerecht. Und das, obwohl sich wirklich allen Beteiligten der Gesundheitspolitik – und das sind insbesondere im Krankenhausbereich sehr viele – darüber bewusst sind, dass **eine Krankenhausreform absolut notwendig und unstrittig** ist. Die **schwierige wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser** – auch bei uns in der Bodenseeregion – ist mir und auch meinen Abgeordnetenkollegen aus der Region Bodensee-Oberschwaben sehr bewusst. So befassen wir uns nunmehr seit einem Jahr ganz konkret mit den Herausforderungen, denen die Häuser hier bei uns gegenüberstehen. Hierbei **wird das nun beschlossene Gesetz allerdings bedauerlicherweise keine echten Lösungen bieten**. Nach einer teilweise chaotischen und **von Bundesgesundheitsminister Lauterbach** in vielen Teilen ohne ein Einbeziehen der betroffenen – und eigentlich für die Krankenhäuser zuständigen – Länder sowie ohne Berücksichtigung von Expertenmeinungen, **durchgedrückten Gesetzgebung**, muss man leider festhalten, dass das Gesetz eher neue Probleme schafft, anstatt Bestehende zu lösen. Neben dem erwähnt großem Schaden für den Föderalismus und einer **völlig fehlenden regionalen Bedarfsanalyse** muss vor allem das Überleben der Kliniken gewährleistet werden, da **viele Maßnahmen der Reform erst ab 2027 wirken** werden.

Treffen und Austausch mit dem Ersten Landesbeamten des Bodenseekreises

Am Dienstagnachmittag dieser Sitzungswoche besuchte mich der Erste Landesbeamte des Bodenseekreises, **Christoph Keckeisen**, hier im Bundestag. Im Rahmen eines Mittagessens tauschte ich mich mit Herrn Keckeisen, der zu Gesprächen im Bereich Digitalisierung in der Bundeshauptstadt war, **zu verschiedenen Themen, die unseren Wahlkreis betreffen** aus. Unter anderem war dies die weitere **Entwicklung des Flughafens in Friedrichshafen**, die – leider nicht nur bei uns am See auftretenden – **Hemmnisse bei der Verwirklichung großer Infrastrukturprojekte** sowie die **oftmals schwierige Abwägung des Umwelt- und Artenschutzes gegenüber den Interessen der Menschen**. Ich habe mich sehr über den Besuch und das Gespräch mit Christoph Keckeisen gefreut. Vielen Dank dafür. Im Anschluss an unseren Austausch bot sich noch die Gelegenheit zu einem **gemeinsamen Bild auf der großen Treppe der Parlamentarischen Gesellschaft** – siehe rechts.


Wahlbeobachter in den USA

An einen völlig anderen See, den Michigansee, geht es für mich Anfang November. Auf Einladung der USA und als Vertreter der OSZE reise ich **als Wahlbeobachter zu den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen**. Dabei geht es für mich zuerst in die amerikanische Hauptstadt Washington D.C. und dann letztlich – nach umfangreichen Besprechungen und Einweisungen – von dort weiter **nach Milwaukee im US-Bundesstaat Wisconsin**. Dort werde ich dann am Dienstag, den 05. November die Wahlen zur US-Präsidentschaft beobachten. Wisconsin ist als einer der sogenannten „Swing States“ von großer Bedeutung für den Ausgang der Wahl. Ich freue mich sehr, **dass mir diese große Ehre zuteilwird** und bin letztendlich sehr gespannt auf das Ergebnis der Wahl, das ja auch enorme Auswirkungen auf Deutschland hat.



Bild Canva

Themen der Woche

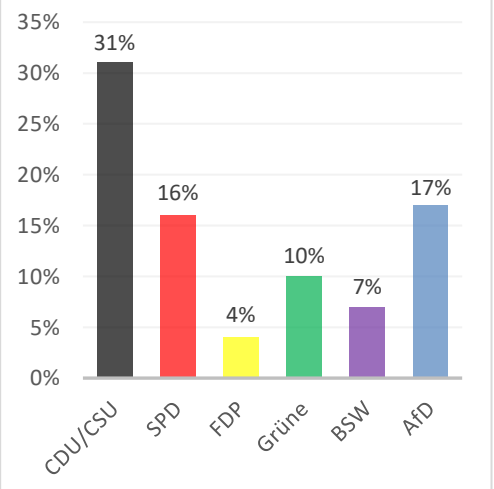
Staatsbesuch von US-Präsident Joe Biden in Berlin.

Von gestern Abend bis heute Nachmittag stattete der „mächtigste Mann der Welt“ der deutschen Hauptstadt seinen **Abschiedsbesuch** ab. Nach seiner gestrigen Anreise nach Berlin übernachtete Joe Biden im Hotel Ritz am Potsdamer Platz und **wurde heute sowohl von Bundeskanzler Olaf Scholz als auch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier empfangen**. Da der amerikanische Präsident, ebenso wie der Staatspräsident der Ukraine, der erst in der vergangenen Woche in Berlin zu Gast war, zu den Politikern gehört, die weltweit **die höchste Sicherheitsstufe** haben, ist ein Besuch immer auch mit **spürbaren Auswirkungen auf den Alltag vieler Menschen** verbunden. **Massive Verkehrsbeeinträchtigungen** wie Straßensperrungen oder ausgefallene Regional- und Fernverkehrszüge, mehrfach zu durchquerende **Sicherheitsschranken** sowie ein **großes Aufgebot an Sicherheitskräften** sind dabei nur die auffälligsten Begleiterscheinungen. Hinzu kommen versteckte Scharfschützen, ein Aufgebot der **Wasserschutzpolizei mit Minentauchern** in der Spree und sogar die Vorgabe, die Fenster während eines bestimmten Zeitraumes geschlossen zu halten. Diese Schilderung aus Sichtweise der direkt Betroffenen beschreibt einmal sehr gut die **mehr als umfangreichen Auswirkungen eines Staatsbesuchs**, wie sie sonst nur die Menschen hier direkt vor Ort erleben.

Das „Sicherheitspaket“ der Ampel geht an der Realität vorbei

Am heutigen Freitagvormittag debattierten wird das so genannte „Sicherheitspaket“, mit dem **die Bundesregierung auf die jüngste Terror- und Kriminalitätswelle reagiert**. Bedauerlicherweise ist von den damals großspurigen Ankündigungen der Ampel, nur wenig übrig geblieben. Dies verwundert mich kaum – schließlich sind die Wahlen in Ostdeutschland ja inzwischen vorüber. Und so enthält der **Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems** nur sehr wenige Punkte, die tatsächlich zu einer Verbesserung der Lage führen werden. **Auf die Ursachen der Taten von Solingen und Mannheim**, die sich vor allem durch einen bestimmten Tätertyp auszeichnen, **wird nicht eingegangen** – auch die neuen Regelungen hätten diese nicht verhindert. **Stattdessen nimmt die Bundesregierung wieder einmal pauschal Waffenbesitzer in den Fokus, die sich völlig gesetzeskonform verhalten**. Dabei wäre ein umfassendes Paket zur Entwaffnung von Extremisten und Straftätern zielführend, das die Bevölkerung konkret schützt und das gezielt und präventiv wirkt. Da derartiges von der Ampel leider nicht zu erwarten ist, **hat die Union einen entsprechenden Entschließungsantrag dazu gestellt**.

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, erhielten



Quelle: Forsa, 15.10.2024

Zitat der Woche

„... tun Sie doch nicht so, als ob Sie mit alledem, was da früher gemacht worden ist, nichts zu tun haben. Sie sind doch an ganz maßgeblicher Stelle in Regierungsverantwortung gewesen.“

Friedrich Merz, als Vorsitzender der Unionsfraktion als Reaktion auf die Regierungserklärung von Olaf Scholz.

Terminauswahl

Sa., 19.10.2024	Bezirksparteitag der CDU Württemberg-Hohenzollern in Sigmaringendorf.
Sa., 19.10.2024	Sicherheitspolitisches Seminar des Reservistenverbands in Tettngang.
Mo., 21.10.2024	Besuch bei Heckler & Koch und bei der Reittherapie der Bundeswehr.
Sa., 26.10.2024	Eröffnung meines neuen Wahlkreisbüros in Friedrichshafen.